

Rede von Innenminister Dr. Wolfgang Schäuble in der Beratung des Haushaltsplans für das Bundesinnenministerium

Auszug aus dem Plenarprotokoll der 67. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. November 2006

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Wir leben in einer angespannten Sicherheitslage. Die jüngsten Fahndungsergebnisse, sowohl die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft als auch die Fahndungserfolge britischer Kollegen zeigen, dass der Flugverkehr nach wie vor eines der Hauptangriffsziele von Terroristen sein kann. In Deutschland gab es einen Anschlag mit den glücklicherweise nicht zur Explosion gekommenen Kofferbomben und Vorbereitungen zu einem weiteren Anschlag, die die Bundesanwaltschaft zu ihren Ermittlungen veranlasst haben. Deswegen müssen wir alle Anstrengungen unternehmen, um das Menschenmögliche an Prävention und Sicherheit zu leisten. Das ist die Hauptaufgabe auf dem Felde der inneren Sicherheit.

Ich bin froh, dass wir einen funktionierenden und leistungsfähigen Sicherheitsverbund zwischen Bund und Ländern haben. Bei manchen Debattenbeiträgen hatte ich gelegentlich das Gefühl, dass ich daran erinnern muss, dass sich die föderale Grundstruktur unseres Landes bewährt hat. Sie ist erfolgreich.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Sie hat sich entgegen manchen Sorgen nicht zuletzt bei der Fußballweltmeisterschaft in hervorragender Weise bewährt. Es steht dem Bund aus Anlass einer Haushaltsdebatte zur inneren Sicherheit zu, sich bei den Verantwortlichen in den Bundesländern, bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Länderpolizeien genauso wie bei denen der Sicherheitsorgane des Bundes für diese großartige Arbeit zu bedanken.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen die gesetzlichen Grundlagen für eine entsprechende Zusammenarbeit und den Austausch und die Sammlung von Informationen. Wir wollen die **Antiterrordatei** einführen, um die Informationen, die die einzelnen Institutionen sammeln, zu vernetzen. Das ist kein Schnüffelwahn, sondern die richtige Antwort, um die bewährte Arbeitsteilung und Zusammenarbeit im Föderalismus zu optimieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kollege Wieland, wir haben beim Terrorabwehrzentrum und der Antiterrordatei in der Tat 38 Stellen zusammenzuführen. Das ist schnell aufgezählt: Wir haben 16 Bundesländer, also 16 Länderpolizeien und 16 Landesämter für Verfassungsschutz. Dann haben wir das Bundesamt für Verfassungsschutz, den Zoll, das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei, den Bundesnachrichtendienst und den Militärischen Abschirmdienst. Schon sind wir bei 38. Die müssen zusammengeführt und entsprechende Informationen müssen vernetzt werden.

Deswegen bitte ich darum, dass das Gesetz zur Errichtung der notwendigen Antiterrordatei zügig im Bundestag verabschiedet wird. Das dient der inneren Sicherheit unseres Landes.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich will gleich eine Bemerkung anschließen. Sie haben gesagt, all das, was wir vorhaben, hätte nichts genützt, um die Kofferbombenanschläge zu verhindern. Natürlich gibt es keine hundertprozentige Sicherheit. Aber die Konsequenzen, die wir im Hinblick auf das Aufenthaltsrecht aus unseren Erkenntnissen ziehen wollen, hätten, wenn sie schon gesetzliche Grundlage gewesen wären, dazu geführt, dass wir den Tatverdächtigen erkannt hätten, bevor er die Kofferbombe in den Zug gebracht hätte.

Deshalb dürfen wir nicht den Verfassungsschutz beschimpfen, vielmehr müssen wir ein Gesetz entsprechend gestalten. Daran arbeiten wir vertrauensvoll und intensiv in der Koalition. Ein solches Gesetz werden wir auf den Weg bringen; und zwar in dem Sinne, dass man aus Erfahrungen Lehren zieht. Denn hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht. Die notwendigen Konsequenzen sind auf dem richtigen Weg.

Genauso ist es mit dem **Sicherheitsprogramm**. Frau Kollegin Piltz, wir haben bereits in der ersten Lesung des Haushaltsplans über das Sicherheitsprogramm gesprochen. Damals lag noch nicht die Auswertung aller Erkenntnisse vor, dennoch habe ich schon verschiedene Maßnahmen angekündigt. Ich bin sehr dankbar, dass das Parlament zu einem guten – dem hier einzig möglichen – Verfahren gefunden hat. In den Beratungen des von der Bundesregierung bereits eingebrachten Haushaltsgesetzentwurfs hat der federführende Haushaltsausschuss durch entsprechende Beschlüsse die notwendigen Konsequenzen gezogen. Demgemäß ist sowohl im Fachausschuss als auch im Haushaltsausschuss beraten worden. Ich bedanke mich dafür und bin ganz sicher, dass es im Rahmen einer sehr effizienten Verwendung begrenzter Mittel der richtige Weg ist.

Wir werden die Kompetenzen des **Verfassungsschutzes** verbessern und das **Internet** besser beobachten lassen; denn dort werden Verabredungen getroffen, Hetzparolen verbreitet und Taten vorbereitet. Es ist notwendig, die **Bahnstrecken** besser zu sichern. Die entsprechenden Mittel dafür sind eingestellt. Das heißt, wir ziehen auch hier die Konsequenzen aus den gemachten Erfahrungen auf der Grundlage einer konsolidierenden Haushaltsführung. Ich bedanke mich dafür, dass wir das in der richtigen Weise und im richtigen Maß und im Rahmen einer guten Zusammenarbeit tun. Dies entspricht allen Formen der parlamentarischen Beratungen; anderes zu behaupten, ist nicht richtig.

Dazu gehört angesichts veränderter Aufgabenstellungen auch, dass wir die gute **Bundespolizei**, die hervorragende Arbeit im Sicherheitsverbund von Bund und Ländern leistet, auf veränderte Aufgabenstellungen vorbereiten und entsprechend ausrüsten. Ich kann Ihnen nicht sagen, wann der Schengenraum erweitert wird. Dass dies jedoch in den nächsten Jahren der Fall sein wird, ist klar. Die Voraussetzungen dafür müssen innerhalb der Europäischen Union geschaffen werden.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Die organisatorischen Veränderungen innerhalb der Bundespolizei muss ich auch mit den Ländern besprechen. Dazu haben wir in Nürnberg den ersten Schritt getan, zeitgleich haben wir die Bundespolizei über die Grundlinien der Umorganisation unterrichtet. Wir wollen bei gegebenen personellen und sachlichen Mitteln die Effizienz der Bundespolizei weiter stärken

und tun dies im **Sicherheitsverbund mit den Ländern** und im Bewusstsein dessen, dass wir durch ein verändertes **Grenzkontrollsystem im Schengenraum** natürlich keine Sicherheitsverluste eingehen dürfen, sondern dass wir mit einer veränderten Organisation mindestens genauso viel, besser noch mehr Sicherheit für die Zukunft gewährleisten. Das ist das Ziel der **Organisationsreform**. Es wird jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt und über alle Einzelheiten wird intensiv beraten. Danach wird entschieden. So ist der Sachstand.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Frau Piltz, Sie haben gefragt: Brauchen wir denn noch Mittel zur Sicherung der **Kommunikationsinfrastruktur zur Früherkennung terroristischer Straftaten**? Ich sage Ihnen: Dort brauchen wir ein ganz anderes Maß an Sicherheit in der Kommunikation als bei der Einführung des Digitalfunks bei den Behörden, die Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben wahrnehmen. Beim BOS sind etwa 500.000 Polizisten der Länder und des Bundes, Feuerwehrleute, Mitarbeiter und Helfer des Technischen Hilfswerks zugangsberechtigt. Dort werden nicht die sensiblen Informationen eingestellt werden, dort geht es um die Bewältigung der Aufgaben im Alltag. Deswegen ersetzt das nicht die Mittel, die wir für den Schutz der Kommunikation in ganz besonders sensiblen Bereichen der Früherkennung terroristischer Straftaten brauchen. Die entsprechenden Forschungsmittel müssen wir dafür einsetzen. Deswegen geht Ihr Entschließungsantrag von einer falschen Erkenntnis des Sachverhalts aus.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schäuble, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Koppelin?

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Bitte sehr.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Koppelin.

Jürgen Koppelin (FDP):

Herr Bundesminister, Sie haben eben das angesprochen, was meine Kollegin Piltz zuvor schon angesprochen hatte, nämlich das, was zurzeit bei der Bundespolizei diskutiert wird. Dort, wo ich wohne, gibt es ein Präsidium der Bundespolizei. Finden Sie es in Ordnung, dass die Angehörigen der Bundespolizei den Medien entnehmen müssen – in einem Schreiben des Innenministeriums wird das nur angedeutet –, dass irgendetwas auf sie zukommt, sie aber nicht wissen, was? Finden Sie es in Ordnung, dass anscheinend nur bestimmte Abgeordnete der Koalition informiert worden sind? Ich habe gestern mit Ihrem Haus telefoniert. Mir hat man gesagt, dass es nicht beabsichtigt sei, die Opposition zu informieren. Diese Auskunft habe ich von Ihrem Haus erhalten.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Das glaube ich nicht, Herr Kollege Koppelin.

(Jürgen Koppelin (FDP): Glauben heißt nicht wissen, Herr Minister!)

- Sie haben ja nicht mit mir gesprochen. Ich war bei einer Konferenz der Afrikanischen Union und der Europäischen Union in Tripolis; daher haben wir nicht miteinander gesprochen. Deswegen sage ich Ihnen: Kein Mitarbeiter meines Hauses gibt solche Auskünfte.

Das Folgende ist die Wahrheit: Wir haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der

Bundespolizei zeitgleich über das unterrichtet, was entschieden ist, nämlich das Verfahren, das ich gerade beschrieben habe, einzuleiten.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Darüber sind Sie nicht besser oder schlechter informiert als jeder andere auch. Und ein Mitarbeiter meines Hauses hätte Ihnen wahrscheinlich richtigerweise gesagt: Über mehr können wir Sie nicht unterrichten, weil mehr noch nicht entschieden ist. Es tut mir Leid, das ist so. Es ist überhaupt nicht beabsichtigt, irgendjemanden bei der Informationserteilung hintanzustellen.

Sie erwarten wahrscheinlich Aussagen zu Standorten von mir. Es gibt aber überhaupt noch keine Überlegungen zu Standorten. Wir haben diese Grundlinien zur Umorganisation der Bundespolizei und das von mir beschriebene Verfahren jetzt auf den Weg gebracht, nicht mehr und nicht weniger. Ich hoffe, dass die Missverständnisse damit ausgeräumt sind. Mir liegt nämlich sehr an einer vertrauensvollen und offenen Zusammenarbeit.

(Jürgen Koppelin (FDP): Die Kollegin Hagedorn hat Informationen! – Gegenruf der Abg. Bettina Hagedorn (SPD): Das stimmt nicht!)

- Das stimmt nicht. Frau Kollegin Hagedorn hat genau die Informationen, die ich Ihnen hier nenne. Da bisher nicht über mehr entschieden ist, kann sie nicht mehr Informationen haben.

(Bettina Hagedorn (SPD): Wir kennen die Taktik!)

Das Verfahren, in dem Entscheidungen herbeigeführt werden können, beginnt ja gerade erst.

In der gebotenen Kürze möchte ich gerne noch ein paar Sätze zu einem weiteren Thema sagen. Neben der Gewährleistung von Sicherheit im Verbund von Bund und Ländern, neben der Präventionsarbeit und der Bekämpfung der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus ist natürlich das andere große Schwerpunktthema der Innenpolitik dieser Regierung der großen Koalition die Verbesserung der **Integration** der Menschen, die mit uns zusammenleben. Auf diesem Gebiet sind wir in diesem Jahr zwar gut vorangekommen, wir sind aber noch lange nicht am Ziel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Das ist ein wichtiger Punkt. Wir arbeiten intensiv daran, mit all den vielen Facetten, die dazugehören.

Herr Kollege Wieland, Sie haben am Ende Ihrer Rede ohne jede kritische Einschränkung die **terroristische Bedrohung** in einen sachlichen Zusammenhang mit der **Zuwanderung** in den letzten Jahrzehnten gestellt. Wenn Sie das bestreiten wollen, lesen Sie es im Protokoll nach. Solche Äußerungen können wir überhaupt nicht gebrauchen. Wenn wir die Zugewanderten unter einen Generalverdacht stellen, machen wir das genaue Gegenteil von dem, was sinnvoll ist. Wir brauchen die Mitarbeit und die Solidarität der großen Mehrheit unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund bei der Bekämpfung des Terrorismus und keinen billigen Generalverdacht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie brauchen sich gar nicht zu erregen.

Im **Ausländer- und Aufenthaltsrecht** gibt es die Notwendigkeit der **Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern**. Es gibt die Notwendigkeit, im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen Gesetze zu vollziehen; das ist Sache der Länder. Und es gibt die Notwendigkeit, Gesetze zu ändern, zu ergänzen, weiterzuentwickeln; das ist Sache der Gesetzgebungsorgane des Bundes, des Bundestages und des Bundesrates. Deswegen müssen sie zusammenwirken. Wir stehen vor einer komplexen, vor einer komplizierten und umfassenden Novellierungsarbeit. Wir müssen elf EU-Richtlinien und eine Reihe anderer Punkte umsetzen, so auch aus den geplanten Kofferbombenanschlägen Konsequenzen ziehen.

Daran arbeiten wir. In der Koalition herrscht ein großes Einvernehmen darüber, dass das, was wir in der vergangenen Woche verabredet haben, gilt. Nur haben die Innenminister gesagt: Wir warten mit einer **Bleiberechtsregelung**, auf die viele schon so lange warten, nicht, bis ein Gesetz in Kraft ist – das würde nämlich mindestens bis zur Mitte des nächsten Jahres dauern – ; vielmehr wollen wir sofort eine Regelung in Kraft setzen. Sie gilt schon seit dem vergangenen Montag. Das ist doch eine richtige Ergänzung und nicht das Gegenteil.

(Beifall des Abg. Dr. Dieter Wiefelspütz (SPD))

Die Konsequenzen, die Sie daraus abgeleitet haben, sind allenfalls unsinnig, um nicht Unfreundlicheres zu sagen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir arbeiten zusammen und kommen gut voran. Ich verteidige den Sicherheitsverbund von Bund und Ländern, weil ich ein überzeugter Anhänger des Föderalismus bin, genauso wie ich den Vorrang ehrenamtlichen Engagements verteidige. Denn unsere freiheitliche Gesellschaft lebt davon und ist darauf angewiesen, dass wir nicht glauben, der Staat könne alles regulieren und organisieren. Wichtiger ist das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger, **Freiheit und Verantwortung** in einer richtigen Weise zu leben und dafür einen Rahmen zu geben.

Das ist das Prinzip unserer **Sportförderung**, die wir auf hohem Niveau weiterfahren. Auf diesem Sektor gibt es ein schwieriges Thema: Wir, insbesondere die Kolleginnen und Kollegen im Sportausschuss, werden in den nächsten Wochen darüber zu reden haben, wie wir bei der **Dopingbekämpfung** das Zusammenwirken der Selbstverantwortung des Sports und der Verantwortung des Gesetzgebers optimieren können. Ich bleibe bei meiner Grundthese – auch wenn ich nicht in jedem Punkt jede Meinung teile –, dass wir das Problem nur gut lösen können, wenn Gesetzgeber, Strafverfolgungsorgane und Sport optimal zusammenarbeiten. Wenn der Gesetzgeber anstelle der Selbstverantwortung des Sports Doping bekämpfen wollte, würden wir Steine statt Brot bekommen. Deswegen versuchen wir, ein Zusammenwirken zu organisieren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

In diesem Zusammenhang mache ich die Bemerkung, dass wir auch bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, neonazistischen Bestrebungen, aber auch von Linksextremismus nicht die alleinige Verantwortung des Staates erwarten können. So können wir das Problem nicht lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wenn die Wahlbeteiligung zurückgeht und radikale Parteien dadurch relativ bessere Ergebnisse bekommen, muss man den Bürgerinnen und Bürgern sagen: Geht wählen! Denn eine Demokratie leidet am ehesten dann Gefahr, wenn es einen Mangel an Demokraten gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sind unsere Programme zur **Bekämpfung von Extremismus** darauf angelegt, die Menschen zum Mitmachen zu gewinnen. Wir überlegen zusammen mit den Ländern, wie wir bessere Angebote machen können, beispielsweise im Bereich Sport, aber auch zusammen mit anderen Organisationen, zum Beispiel dem Technischen Hilfswerk oder Jugendfeuerwehren. All das gehört in ein Gesamtkonzept.

Unsere Bemühungen finden in einer Zeit statt, in der der **Einfluss neuer Informationstechnologien** – vom Fernsehen über das Internet bis hin zu Computerspielen – nicht nur bei Kindern mit Migrationshintergrund furchtbar problematische Wirkungen hat, wie wir in den letzten Tagen gesehen haben.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Schäuble, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Winkler?

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Ja, aber erst nach Ende dieses Gedankens, Herr Präsident.

Hiermit ist die Notwendigkeit verbunden, dass wir das Engagement und die Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger durch unsere politischen Entscheidungen und die Art, wie wir diskutieren, einfordern, dass wir also nicht einfach sagen: Wir machen das für euch, ihr braucht euch um nichts zu kümmern. Das wäre der falsche Weg.

Bitte sehr, Herr Kollege Winkler.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön.

Josef Philip Winkler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Minister Schäuble, ich war eben so sprachlos, dass ich mich erst einen Satz später zur Zwischenfrage gemeldet habe. Dieser Satz war dann sehr lang. Deswegen wundern Sie sich bitte nicht, wenn ich mich jetzt auf das vorherige Thema beziehe, nämlich die **Bleiberechtsregelung**.

Meine Frage bezieht sich darauf, dass Sie gesagt haben, dass es keine Widersprüche zwischen dem, was die Innenministerkonferenz verabredet hat, und dem, was Sie in der Koalition vereinbart haben, gibt. Das nehme ich Ihnen gerne ab.

Für mich als Oppositionspolitiker gibt es manchmal nur die Zeitung als Informationsquelle. Das kann schon einmal vorkommen. Der Presse konnte ich entnehmen, dass Kollege Bosbach behauptet hat, es gebe gar keine Einigung oder er sich nicht mehr daran erinnern könne. Ich konnte in der Zeitung auch lesen, dass es Krisentreffen der Innenpolitiker gab, bei denen noch einmal besprochen wurde, was überhaupt bei dieser Einigung herausgekommen ist. Hier hätte

ich gern etwas mehr Klarheit. Denn so, wie es im Moment aussieht, machen wir bezüglich der Bleiberechtsregelung eher zwei Schritte vor und drei Schritte zurück.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern:

Nein, Herr Kollege Winkler, so ist es nicht. Erstens. Zwischen dem, was die Innenminister beschlossen haben, und dem, worüber wir hier reden, besteht in der Tat kein Widerspruch, sondern ein Verhältnis der Komplementarität.

(Zuruf von der SPD: Sehr richtig!)

Generell kann man das Problem der Altfallregelung gesetzlich oder durch einen Beschluss der Innenministerkonferenz nach § 23 des Aufenthaltsgesetzes, der des Einvernehmens des Bundesinnenministers bedarf – das habe ich erklärt –, lösen. Wenn Sie den Beschluss der Innenminister sehen, erkennen Sie, dass diese sagen, dass sie begrüßen, dass sich der Gesetzgeber darum bemüht. Aber die Innenminister haben jetzt eine Regelung beschlossen, die seit Montag dieser Woche, das war der 20. dieses Monats, gilt. Wenn eine gesetzliche Regelung in Kraft tritt – diese muss der Bundestag beschließen, dazu muss sie erst einmal eingebracht werden, dann wird sie beraten und dann muss der Bundesrat zustimmen –, tritt sie ergänzend oder ersetzend hinzu. Insofern ist das kein Widerspruch. Es muss Ihnen also nicht die Sprache verschlagen.

Zweitens. Sie haben den Kollegen Bosbach falsch bzw. verkürzt zitiert. Der Sachverhalt ist ganz einfach: Wir sind noch nicht fertig. Wir beraten intensiv. Wir kommen Schritt für Schritt voran. Wir haben das, was wir vergangene Woche beraten haben, mit den Innenministern der Länder erörtert. Dabei herrschte von vornherein nicht nur Jubelstimmung; das ist wahr. Dann haben wir zwei Tage lang beraten. Danach waren alle der Meinung, dass wir gemeinsam ein gutes Ergebnis erzielt haben. Jetzt arbeiten wir weiter. Heute Mittag treffen wir uns erneut. All das ist nicht geheim. Ich bin zuversichtlich, dass wir gute Ergebnisse erzielen werden.

Warum bin ich zuversichtlich?

Erstens, weil uns in der Koalition trotz unterschiedlicher Ausgangspunkte unsere gemeinsame Verantwortung bewusst ist und wir im Wissen um unsere gemeinsame Verantwortung einen partnerschaftlichen Umgang miteinander pflegen. Dafür bedanke ich mich. Das wollen wir fortsetzen.

Zweitens, weil diese Verantwortung über die Grenzen der Koalitionsfraktionen hinausgeht. Alle Abgeordneten haben diese Verantwortung. Den Herrn Kollegen Korte möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen: Wir würden den Rechtsextremismus, insbesondere rechte extremistische Gewalttaten, vielleicht noch erfolgreicher bekämpfen können, wenn sich Linksextremisten nicht immer mit Rechtsextremisten zu gemeinsamen Gewalttaten verabreden würden. Das wäre hilfreich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wie ich bereits sagte, habe ich gestern an einer Konferenz teilgenommen, auf der es um das Verhältnis zwischen der EU und der Afrikanischen Union ging. In einem solchen Zusammenhang nimmt man die Probleme in ganz anderen Dimensionen wahr, gerade die Probleme der **Globalisierung**. Das Zeitalter, in dem wir leben, ist durch beschleunigten Wandel gekennzeichnet. In einer solchen Zeit ist die **Bewahrung und Sicherung einer freiheitlichen Ordnung mit Sicherheit** – man möchte

nicht zu viele Kontrollen, aber ein hinreichendes Maß an Sicherheit – eine Riesenaufgabe. Es ist eine große Herausforderung, dafür zu sorgen, dass sich die Menschen in dieser Ordnung nicht verloren fühlen, sondern genug Raum für Eigenverantwortung und Engagement haben.

Dieses Bemühen ist keineswegs nur am Haushalt des Geschäftsbereichs des Bundesinnenministeriums zu erkennen, aber es spiegelt sich in besonderer Weise in vielen Einzelpositionen dieses Haushalts wider. Deshalb bedanke ich mich für die gute Zusammenarbeit und bitte um Ihre Zustimmung zum Einzelplan 06.

Herzlichen Dank.